

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erscheint jeden Donnerstag
Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlenstellen 30 Pfg.

Zur geplanten Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungen in unserer Organisation.

II.

Die notwendigen Unterstützungsänderungen in unserm Verband.

O. A. Außer der Streit- und Gemäßigtenunterstützung, welche beiden Unterstützungsarten zur Führung gewerkschaftlicher Kämpfe und zur Durchsetzung unseres hauptsächlichsten Zieles, den Mitgliedern auskömmliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, eine unbedingte Notwendigkeit sind, bildet jede andere Unterstützungsart nur ein Mittel zu dem Zwecke, die Mitglieder fester an die Organisation zu fesseln, ihnen auch materielle Vorteile in den Fällen der Not zuzugestehen. Dabei soll nicht verkannt werden, daß auch die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung indirekt darauf einwirken, zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beizutragen, indem sie die Mitglieder vor der schlimmsten Not während der Arbeitslosigkeit schützen und sie davor bewahren, daß sie nicht aus drückender Not gezwungen sind, auch die allergeringste Arbeit anzunehmen; zu müssen, sondern zu warten, bis sich eine ihren Fähigkeiten und Lohnansprüchen entsprechend gute Stellung bietet.

Das eine darf jedoch nicht veranlassen werden, daß alle Unterstützungsanstalten gemeinsam wesentlich mit dazu beigetragen haben, die Organisation finanziell in die Lage zu versetzen und ihr die Kraft dazu zu geben, Lohnkämpfe zu führen; denn mit Einführung der verschiedenen Unterstützungsweige konnten die Beiträge im Verbands erst derart erhöht werden, daß daraus ein Fonds für die Führung und Unterstützung der Lohnkämpfe gebildet werden konnte.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, ist es nur zu leicht verständlich, daß bisher alle unsere Verbandstage darauf bedacht waren, die Streit- und Gemäßigtenunterstützung, welche letztere in unserm Verbands in gleicher Höhe wie Streikunterstützung ausgezahlt wird, zu erhöhen. Die Vorlage der Konferenz vom 21. und 22. Februar verfolgte den gleichen Zweck. Sie sieht vor:

Bisheriger Wochenbeitrag	Streikunterstützung täglich (Wochenbeitrag)	In Zukunft Wochenbeitrag	Streikunterstützung täglich (Wochenbeitrag)
30 %	M. 1,—	40 %	M. 1,30
40 "	" 1,20	—	—
50 "	" 1,40	60 "	" 1,60
60 "	" 1,60	80 "	" 1,90
75 "	" 1,80	100 "	" 2,10
100 "	" 2,—	125 "	" 2,40
—	—	150 "	" 2,70

Die Mindestsätze galten bisher und gelten auch in Zukunft für ledige Mitglieder von mindestens einem halben Jahre, aber unter einem Jahre Mitgliedschaft; sie erhöhen sich nach einem Jahre Mitgliedschaft bei Ledigen täglich um 20 %, betragen bei den Verheirateten in den oberen Beitragsstufen nach einhalbjähriger Mitgliedschaft dasselbe und steigen bei Verheirateten nach einem Jahre Mitgliedschaft wiederum um 30 %. Dazu kommt, daß den Verheirateten bisher pro Kind und Tag 20 % oder pro Woche M. 1,40, in Zukunft 30 % oder pro Woche M. 2,10 gezahlt werden. Ein Familienvater mit vier Kindern, der M. 1,50 pro Woche an Beitrag zahlt, würde nach einjähriger Mitgliedschaft pro Woche M. 22,40 für sich und M. 8,40 für seine Kinder, zusammen M. 30,80, an Streikunterstützung beziehen. Bisher konnte er in der höchsten Stufe nur M. 17,50 für sich und M. 5,60 für die Kinder, zusammen M. 23,10, pro Woche beziehen. Ähnlich höher steht die neue Festsetzung der Streikunterstützung auch in den niedrigeren Beitragsstufen.

Die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung wird erhöht in der niedrigsten Stufe von täglich 50 % auf 60 % und

beiträgt dann in jeder Beitragsstufe täglich den doppelten Betrag des wöchentlich zu leistenden Beitrages, mit Ausnahme der beiden höchsten Stufen, wo wieder ein kleiner Abbau stattfindet. Dadurch ist auch die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung den andersgeordneten Verhältnissen etwas mehr angepaßt.

Große Schwierigkeiten machte es, in der Krankenunterstützung die Meinungen, gestützt auf die Praxis in den einzelnen Bezirken, in einer Mittellinie zu vereinigen.

Alle Konferenzteilnehmer waren sich zunächst klar darüber, daß in Rücksicht auf den Ausbau der staatlichen Krankenversicherung in der Krankenunterstützung unseres Verbandes Maß zu halten sei; man war sich auch klar darüber, daß unser Verband den die Kasse der Organisation so sehr belastenden Sprung — erkrankte Mitglieder erhielten nach fünfjähriger Mitgliedschaft und Beitragszahlung von M. 1 pro Woche bis zu 182 Tagen im Jahre täglich M. 2 Unterstützung, wovon dann bei Kriegsausbruch ein Abbau in der Weise vorgenommen ist, daß erst ein Jahr lang keine Krankenunterstützung mehr, dann nur noch vier Fünftel der statulengemäßen Höhe gezahlt wurden — nicht weiter bestehen lassen könnte. Darin gingen die Meinungen sehr auseinander: Die Kollegen einzelner Bezirke kämpften mit aller Energie dafür, daß auch in Krankheitsfällen nicht länger Unterstützung gezahlt werden sollte, als in Fällen der Arbeitslosigkeit. In andern Bezirken versuchte man wieder, wenigstens etwas von der Ausnahme der längeren Unterstützungsdauer der Mitglieder in den oberen Beitragsstufen zu retten, und so ist denn der Vorschlag ein Kompromiß der verschiedenen Meinungen. — Einig war man sich auch darüber, daß, wenn die staatliche Krankenversicherung noch weiter ausgebaut würde, wahrscheinlich spätere Verbandstage sich vor der Notwendigkeit sehen, in der Krankenunterstützung unseres Verbandes einen weiteren Abbau vorzunehmen. Doch jetzt sollte der Abbau nicht zu hart sein. Auch darüber bestand auf Grund der Praxis nur eine Meinung, daß ledige erkrankte Mitglieder, die in einem Krankenhaus oder in einer Heilanstalt verpflegt werden, nur täglich die Hälfte der in den Tabellen festgesetzten Höhe beziehen sollen. Diese Einrichtung hat sich während des Krieges auf bewährt, und sie wird allseitig als berechtigt anerkannt.

Die Krankenunterstützung wird die Kassen unserer Organisation auch in nächster Zeit noch ganz kolossal belasten, jedenfalls aber nach Kriegsende noch bedeutend mehr als bisher; denn von den aus dem Kriege zurückkehrenden Kollegen werden viele durch die Strapazen und Entbehrungen, auch durch Verwundungen Krankheitskeime in sich tragen, die sie dann längere Krankheiten erst überwinden lassen müssen, ehe sie wieder ganz hergestellt sind. Diese nicht erfreuliche Aussicht mußte die Konferenz bestimmen, eine Gelegenheit zu geben, daß die zu Lohnkämpfen nötigen Mittel der Organisation in der Hauptsache zu Krankenunterstützung verwendet würden.

Sicher wird dieser zum Ausdruck gebrachte Wille auch volles Verständnis der Mitglieder finden, zumal neben ihren Bezügen von der Krankenkasse die vom Verband ihnen zuzuführende Krankenunterstützung auch in Zukunft noch ganz bedeutend ist.

In der Umzugs- und Sterbeunterstützung wurde nur ein Ausgleich in der Form vorgenommen, daß auch in den höchsten Beitragsstufen nicht mehr an Unterstützung gewährt werden sollte als bisher. Leider zeigt sich bei der Umzugsunterstützung eine nicht erfreuliche Erscheinung, resp. häufig. Manche Mitglieder betrachten den Empfang der Umzugsunterstützung als ihre letzte Handlung im Verband, darauf stellen sie die Beitragszahlung ein; sie haben gewöhnlich eine keine Erlaubnis, als Händler oder eine andere Stellung außerhalb des Berufes gefunden. Dieser

Mißbrauch unserer Unterstützungsanstalten, so verwirflich er ist, wird leider nicht ganz ausgerottet sein; aber er veranlaßt die verantwortlichen Personen im Verbandsvorstande, in den Bezirken und Zahlstellen peinlich darauf bedacht zu sein, daß in diesen für die Zwecke und Ziele der Organisation doch ziemlich nebensächlichen Unterstützungen nicht zuviel gegeben wird.

Die Höhe der Sterbeunterstützung in unserm Verbands war bisher reichlich hoch im Vergleich zu den Einrichtungen anderer Gewerkschaften, und ist auch in Zukunft noch ziemlich hoch, trotzdem davon in den unteren Beitragsstufen und in den ersten Jahren der Mitgliedschaft einige Abstriche erfolgt sind. Die Sterbeunterstützung hat unsern Verband in den Kriegsjahren bedeutend finanziell belastet, und zu wünschen bleibt nur, daß dieses in Zukunft nicht weiter zur Regel wird.

Jedenfalls kann zukunftsorientiert gesagt werden, daß, entsprechend der Beitragserhöhung, der Verband auch in den Unterstützungsanstalten das Mögliche zu geben bereit ist; aber sein Hauptaugenmerk muß darauf gerichtet sein, auch wieder mehr Geldmittel für die Agitation und für die sicher in großer Zahl kommenden Tarifbewegungen und Lohnkämpfe zur Verfügung zu haben.

Daneben wurden auch die Anteile der Zahlstellen an den Wochenbeiträgen, die diesen zur Vorkostung ihrer Unkosten verbleiben, wesentlich erhöht.

Betrachtet man die Unterstützungsanstalten der Organisation und die Abänderungsvorschläge dazu, so soll man immer im Auge behalten, daß der Hauptzweck der Organisation auf einem andern Gebiete liegt, und daß die Unterstützungsanstalten sich niemals zum Hauptzweck der Gewerkschaft ausweiten dürfen.

Zur Arbeitslage.

Die Beschäftigung im Januar d. J. hielt sich auf der Höhe des Parallelmonats des Vorjahres; mit ungeschwächter Stärke arbeitet die deutsche Industrie an der Bewältigung der durch den Krieg gestellten besonderen Aufgaben.

Im Bergbau und Hüttenbetrieb, in Eisens-, Metall- und Maschinenindustrie, im Apparatebau, in der elektrischen und chemischen Industrie herrscht die gleiche Nachfrage wie seit Monaten; die Beschäftigung im Spinnstoffgewerbe hat sich nicht wesentlich geändert. Holz- und Sägmittelgewerbe sind befriedigend beschäftigt; das gleiche gilt für die Bekleidungsindustrie. Auf dem Baumarkt ist die Lage die gleiche wie im Vorjahre. Für die Wäldereien wird die Geschäftslage im Januar als unbedeutend geschildert. Im Vergleich zum Vorjahre war die Beschäftigung geringer.

Die Nachweisungen der Arbeitslosen an das Reichsarbeitsamt lassen für die am 1. Februar in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang des Vormonats eine Abnahme um insgesamt 57 556 oder um 0,9 vom Hundert erkennen. Im Vormonat betrug die Abnahme 1,9 vom Hundert. Der Rückgang erstreckt sich auf beide Geschlechter. Die männliche Beschäftigung hat um 30 000 (oder um 0,1 vom Hundert) abgenommen (Vormonat 1,4 vom Hundert). Die Zahl der weiblichen Beschäftigten ging um 27 556 oder um 0,9 vom Hundert (Vormonat 1,7 vom Hundert) zurück. Im Vergleich zum 1. Februar 1917 ist ein starker Rückgang der weiblichen Beschäftigten eingetreten.

Die Zahl der Arbeitslosen bei 34 Fachverbänden mit 1 096 619 Mitgliedern betrug am 1. Februar 1918 oder 0,9 vom Hundert. Dasselbe Arbeitslosenverhältnis wurde auch im Vorjahre festgehalten.

Bei den Arbeitsnachweiserstellen, die an das Reichsarbeitsamt berichten, war im Januar für das männliche Geschlecht ein Steigen, für das weibliche Geschlecht eine geringe Senkung des Andranges von Arbeitsuchenden zu erkennen. Es entfielen auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 62 Arbeitsuchende (gegen 51 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht sank die Andragenziffer von 100 auf 93.

Die Berichte der Arbeitsnachweiserverbände über die Beschäftigung im Januar lassen im ganzen für Schlesien und Schleswig-Holstein keine erhebliche Veränderung erkennen. Eine härtere Belebung erfährt der Arbeitsmarkt im Königreich Sachsen, in Westfalen, Rheinland und Bayern, in Württemberg und Hessen-Nassau. In Berlin-Brandenburg

Wie die Zahl der Arbeitssuchenden und fast die Zahl der offenen Stellen; in der Provinz Sachsen und in Pommern trat eine Einschränkung der Arbeiterbeschäftigung hervor.

Wie sich die Vermittlungstätigkeit und das Verhältnis der Arbeitssuchenden zu den Stellen in den einzelnen Bezirken gestaltete, ist folgender Uebersicht zu entnehmen:

Table with 5 columns: Landeszgebiete, Zahl der Arbeitssuchenden, offenen Stellen, besetzten Stellen, and auf jede offene Stelle entfallende Arbeitssuchende. Rows include Provinz Ostpreußen, Westpreußen, Berlin, Provinz Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schlesien, Schleswig-Holst., Hannover, Westfalen, Preußen, Rheinland, Königreich Sachsen, Württemberg, Großherzogtum Baden, Thüring. Staaten, Oldenburg und Braunschweig, Bremen und Lübeck, Hamburg, Elsaß-Lothringen.

Die Verhältniszahl der Arbeitssuchenden ist besonders hoch im Rheinland, in Westpreußen und in Ostpreußen. Ueber dem Gesamt Durchschnitt bewegen sich außerdem Pommern, Hannover, Westfalen, Bayern, Königreich Sachsen und Hamburg.

Aus den Berichten der Arbeitsnachweiserverbände ist folgendes hervorzuheben. In Pommern wurden durch die Zusammenlegung der Bezirke Arbeitskräfte frei, deren Unterbringung zum Teil als Ersatz für Wehrfähige geschah.

Die Ziffern der besonderen Leistungen für Männer zeigen für die männlichen Mitglieder eine Abnahme der Beschäftigten, für die weiblichen Mitglieder eine Zunahme. Bei 21 Leistungen waren am 1. Februar 589 männliche und 92 weibliche Mitglieder.

Was ist Bevölkerungspolitik?

Wer nicht mit Blindheit geschlagen wird, im Gegensatz zu den Politikern der alten Schule und gewisser freiwirtschaftlicher Ökonomen, hat der Erkenntnis nicht verächtlichen können, daß der Krieg in der ganzen Ausdehnung unseres gesellschaftlichen Daseins eine revolutionäre Umwälzung herbeiführen mußte.

Es ist eine nicht unbeachtet zu lassende Erscheinung, daß in der Zeitperiode langer Friedensjahre die Vertreter der herrschenden Klasse oder der sogenannten „Vernunft“, den gesellschaftlichen Wert des Menschen durch die geldlichen Kosten der Aufzucht, wie die Ausgaben für Nahrung, Schule, Lehrjahre, Studien usw., festzulegen versuchten.

Die jetzt eröffnete Bevölkerungspolitik, wobei dem Reichstage, der Gesetzgebung, den Krankenkassen und nicht zuletzt auch den Gewerkschaften wichtige und vielseitige praktische Aufgaben zuerteilt sind, ist durchaus keine neue Erscheinung.

Keinerlei Beitragsröße am Quartalschlusse! Pünktliche Beitragszahlung ist heute mehr denn je Pflicht jedes Mitgliedes. Rückstände im Verbandsbuche sind in diesen harten Zeiten schwer wieder auszugleichen und bringen dann den Verlust der Unterstützungsberechtigung!

mit beträchtlichem Bevölkerungszuwachs in „Bevölkerungspolitik“ getrieben worden. Selbst die Naturvölker suchen durch Frauenraub, Löten von schwächlichen Kindern und Greisen hier „helfend“ einzugreifen.

Am Anfang ist es nur das eine oder andere Wahrheitswort der Sitten, als ein Unglück für alle Völker, unter den Schwächlingen aufzutauchen. Ein längerer Krieg bedeutet deshalb für jedes fortschreitende Volk den Anfang zu einem Prozess der Degeneration.

unserer ganzen produktiven Kraft. Deshalb ist der Aufstieg der Degeneration eine dringende Forderung der Zeit!

Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1913 rund 67 Millionen und 1914 68 Millionen Einwohner. Als maßgebend für die Bevölkerungsvermehrung muß selbstverständlich der Geburtenüberschuss angesehen werden.

Wenn demnach immer wieder friedliche Kreise die Ansicht vertreten, daß wenn man mehr Kinder haben wolle, so müsse der religiöse Glaube wiederhergestellt werden, so ist das ein Irrtum und auch nicht möglich.

Im übrigen haben wir mit einem beträchtlichen Frauenüberschuss zu rechnen, der schon 1913 833 800 Personen betrug. Der uneheliche Geschlechtsverkehr wird dadurch mehr vorurteilsfrei und als sittlich zulässig anzusehen sein.

Wie nun der Krieg gezeigt hat, ist eine große Zahl von Personen nicht nur bis zum 40. Jahre — sondern bis zum 60. Jahre und darüber hinaus arbeitsfähig, und sie haben „hinter der Front“ in Tag und Nachtstunden ihre Pflicht erfüllt.

Wir müssen der Zeit entsprechende Maßnahmen ergreifen, um die Produktion zu steigern, die in den letzten Jahren durch die Kriegswirtschaft zurückgegangen ist.

Wirtschaftliche Rundschau.

An Großrechnungen über die unabweisbar wirtschaftlichen Aufgaben, vor denen wir nach dem Kriege stehen werden, wird oft die Aufmerksamkeit übersehen, die sich auch in den Produktionsverhältnissen in den landwirtschaftlichen Ländern geltend machen.

